

VORLAGE

an die  
Stadtverordnetenversammlung

|         |     |         |                            |
|---------|-----|---------|----------------------------|
| Eingang |     | DS.-Nr. | <b>364/<br/>16-<br/>21</b> |
|         |     |         |                            |
| AusIB   | ÄR  | SozIJA  | KSSpA                      |
|         |     |         |                            |
| PBUA    | OBR | HuFA    | StV                        |
|         |     |         |                            |

**Betreff:** Antrag – Für mehr Fahrradständer am und um den Bahnhofsplatz  
**Bezug:** Antrag Nr. 15 der CDU-Fraktion vom 15.05.2017

**M-Nr.:** 200/18

Der Magistrat leitet nachstehende Vorlage der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung zu:

**Beschlussvorschlag:**

**A. Kenntnisnahme**

1. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass ein Arbeitskreis (AK) Radverkehr innerhalb der Verwaltung unter Einbeziehung der Radverkehrsbeauftragten eingerichtet wurde, die sich umfassend mit der Thematik Förderung des Radverkehrs beschäftigt.
2. Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis, dass derzeit umfangreiche Fördermöglichkeiten zur Luftreinhaltung („Dieselgipfel“) aufgelegt werden.

**B. Beschluss**

3. Die Stadtverordnetenversammlung beauftragt den Magistrat, sich bei möglichen Förderprogrammen zum Thema Radverkehr zu bewerben.

**Begründung:**

Mit Schreiben vom 15.05.2017 hat die CDU-Fraktion beantragt, dass

1. „Der „Magistrat .... beauftragt (wird), Örtlichkeiten für mögliche Fahrradstellplätze am und um den Bahnhofsplatz zu prüfen.
2. Der Magistrat .... bei Rüsselsheimer Gewerbetreibenden die Möglichkeiten des Sponsorings der Fahrradständer (erfragt).
3. Der Magistrat .... beauftragt (wird) die Ausweitung des Leihfahrradsystems zu prüfen.“

Hierzu ist folgendes festzuhalten:

Die Förderung des Radverkehrs ist ein zentraler Punkt im Hinblick auf die Einhaltung der Klimaschutzziele der Stadt Rüsselsheim sowie ein wichtiger Beitrag zur Luftreinhaltung. Die gesundheitsfördernden Aspekte des Radfahrens sowie die - im Vergleich zum Kfz-Verkehr - wesentlich geringere Inanspruchnahme von Flächen, die Reduzierung des Verkehrslärms sind weitere Aspekte, die bei der Förderung des Radverkehrs von Vorteil für die Stadt und ihre Bewohnerinnen und Bewohner sind.

Die mit dem Antrag verbundenen Fragestellungen werden prinzipiell begrüßt. Im AK Radverkehr werden die Anregungen und verschiedenen Fragestellungen umfassend betrachtet und die Möglichkeiten der zügigen Umsetzung geprüft. Weiter sollen die finanziellen Förderungen, die derzeit durch den Bund und das Land Hessen aufgerufen werden, möglichst auch nach Rüsselsheim angeworben werden.

Der Magistrat wird regelmäßig berichten und sobald erste Erkenntnisse bzw. Fördermöglichkeiten absehbar sind, auf die Stadtverordnetenversammlung zukommen.

Rüsselsheim am Main, den 31.07.2018

Udo Bausch  
Oberbürgermeister